



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/4 - 6.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|---|------|
| Mit neuen Männern und Methoden - Zur veränderten internationalen Situation - | S. 1 |
| Eisenhower und Nationalchina | S. 3 |
| Buchbesprechung: "Mr. President" | S. 4 |
| Glosse: Prickelnde Perlen | S. 5 |

Nicht durch diesen Bundestag ...

(sp) Kein neuer Faktor in der internationalen Entwicklung ist eingetreten, der eine Ratifizierung der Westverträge noch durch diesen Bundestag, dessen Tage sowieso gezählt sind, rechtfertigen würde. Dennoch scheint es der Ehrgeiz der Regierungskoalition zu sein, dieses Vertragswerk noch vor Ablauf der Legislatur-Periode des Parlamentes durchzupeitschen. Von der vorweihnachtlichen, im Regierungs-Bulletin angedeuteten Bereitschaft, durch die Anforderung eines gemeinsamen Gutachtens von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat die verfassungsrechtliche Seite der Verträge zu klären, ist nun nichts mehr zu hören. Sollte das damals eine Beruhigungsspiel für die, ob des Vorgehens der Bundesregierung in tiefe Unruhe gestürzte deutsche Öffentlichkeit sein? Die Klageerhebung der Bundestagsmehrheit gegen die Bundestagsminderheit vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes wird keine Lösung der verfassungsrechtlichen Lage ergeben; die Opposition hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten ausnützen wird, um eine einwandfreie und keinen Mißdeutungen ausgesetzte Klärung herbeizuführen. Darüber werden Monate verstreichen, ganz abgesehen davon, daß auch der Bundesrat in dieser, für das deutsche Volk so lebenswichtigen Sache, ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat.

Neben der ungeklärten und verworrenen innerpolitischen Situation sprechen auch die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen außerhalb der Bundesrepublik abgespielt haben, für die größte Zurückhaltung auf deutscher Seite. Wie immer die französische Regierungskrise ausgehen mag, eines ist so gut wie sicher: Der EVG-Vertrag wird in dieser Form, wie er zwischen den Regierungen vereinbart wurde, nicht die Zustimmung des französischen Parlamentes und des französischen Volkes finden.

Jede zukünftige französische Regierung steht mehr oder

weniger unter dem direkten und indirekten Einfluß de Gaulles; kein Pariser Kabinett kann sich dem entziehen. Eine voreilige deutsche Zustimmung zu den Westverträgen würde bei künftigen Revisionen, die das französische Kabinett vorzunehmen wünscht, die deutsche Verhandlungsposition entscheidend schwächen. Die Bundesrepublik käme mit gebundenen Händen zum Verhandlungstisch. Frankreich verlangt außerdem als Preis für seine Zustimmung zu jeder europäischen Lösung die vorherige Preisgabe der Saar durch die Bundesrepublik. Welche Konsequenzen das für die deutsche Einheit in Freiheit hat, liegt auf der Hand. Damit wird ein wesentliches Stück aus dem Vertragssystem herausgebrochen. Die Westmächte haben sich doch, worauf die deutschen Regierungsparteien so stolz waren und es als einen überragenden Erfolg hinstellten, verpflichtet, für die deutsche Wiedervereinigung initiativ zu werden. Der Anfang dieser Initiative soll mit der Abtretung von Teilen des ohnehin verkümmerten deutschen Staatsgebildes gemacht werden - eine widersinnige Zumutung, die vom deutschen Standpunkt aus gesehen die ganze Brüchigkeit der Verträge aufzeigt.

Das italienische Parlament hat mit den Beratungen über den EVG-Vertrag bisher noch nicht einmal begonnen, weil es die nächsten Wahlen abwarten will. Die Belgier haben sich soeben auf den Standpunkt gestellt, die Annahme der Verträge würde auch für sie eine Verfassungsänderung notwendig machen. Dies alles sollte ein Grund mehr für die deutsche Bundestagsmehrheit sein, in Sachen der Westverträge kurz zu treten.

Noch ein anderes kommt hinzu. Die USA-Außenpolitik steht immer noch im Zeichen der Lähmung, der Umorganisation und einer möglichen Neuorientierung. Eisenhower wird sein Amt am 20. Januar antreten. Niemand vermag zu sagen, welchen Kurs er und seine neuen Männer einschlagen werden. Man hat es sehr bedauert, daß die Vereinigten Staaten im letzten Jahr zu keiner aktiven und von schöpferischen Impulsen getragenen Außenpolitik fähig waren. Die Truman-Administration wollte angesichts eines Wahljahres keine grundlegenden Entscheidungen sowohl innen- als auch außenpolitischer Natur fällen, bevor nicht feststand, ob sie auch von der Mehrheit der Wähler gebilligt würden. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes hat sich bei den Wahlen gegen sie und deren Politik entschieden. Sie verlangte und sie erwartet neue Ziele und neue Methoden in der Durchsetzung dieser Ziele - eine erprobte demokratische Spielregel, die von der Kraft, dem Selbstbewußtsein und dem Vertrauen des Volkes zur amerikanischen Demokratie zeugt.

Um wieviel mehr gilt dies heute für die Bundesrepublik. Sie steht vor den schwersten Entscheidungen seit ihrem Bestehen. Die Politik der Koalitionsparteien und die überschläu sein wollende Taktik des Bundeskanzlers haben sich festgefahren. Zu stark sind die im Volke aufgerissenen Fronten, als daß sie mit Gewaltlösungen noch überbrückt werden können. Die erzwungene Annahme der Westverträge durch diesen Bundestag, der, man kann es nie oft genug wiederholen, unter völlig anderen Voraussetzungen gewählt worden ist, wäre eine solche Gewaltlösung, unübersehbar in ihren Konsequenzen für Deutschland und für Europa. Neue Männer und neue Methoden in einem neuen Bundestag, das ist das Gebot der Stunde und der einzige Weg, um die innerpolitische Verkrampfung zu überwinden.

Tschiang Kai-schek wittert Morgenluft

-f- Aus Washington kommt die beunruhigende Nachricht, der kommende Präsident Eisenhower trage sich mit dem Gedanken, Tschiang Kai-schek eine Offensive gegen das chinesische Festland zu erlauben, von dem er seit langem vertrieben ist. Es soll ihm also "gestattet" werden, was ihm nach dem Ausbruch des Krieges in Korea ausdrücklich von Präsident Truman verboten worden ist. Es versteht sich von selbst, daß Tschiang Kai-schek nicht in der Lage ist, eine solche Offensive mit der leisesten Aussicht auf Erfolg vorzutragen. Ohne amerikanische Hilfe kommt er von Formosa aus nicht einmal bis zur chinesischen Küste. Denn dazu ist eine Flotte nötig, über die er nicht verfügt. Also müßte nicht nur der Befehl Trumans an die amerikanische Flotte, jeden Angriff Tschiang Kai-scheks gegen China zu unterbinden, aufgehoben, sondern dieser Befehl müßte in sein Gegenteil verkehrt werden.

Truman hat ihn seinerzeit gegeben, weil er sehr genau wußte, daß eine Ermunterung Tschiang Kai-scheks, die sich aus dem gleichzeitig der amerikanischen Flotte übertragenen Schutz Formosas vor einem Angriff des kommunistischen Chinas ergeben konnte, gebremst werden mußte. Das alles soll nun nicht mehr gelten. Es war die alte Idee Mac-Arthurs, dessen unheilvoller Einfluß nun wieder rapide steigt, daß man die Divisionen Tschiang Kai-scheks für die Zwecke der amerikanischen Asien-Politik nutzen solle, unbekümmert um die Folgen, die ein solches Experiment haben mußte und haben muß.

Über die Zahl und die Kampfmoral dieser Divisionen gehen die Ansichten der Experten weit auseinander. Die republikanische Propaganda, die von Formosa mit viel Geld amerikanischen Ursprungs unterstützt wird, spricht von Elitedivisionen in Stärke von insgesamt etwa einer halben Million Mann. Die Wahrheit wird viel eher bei einem Fünftel dieser Zahl liegen, wahrscheinlich ist sie noch geringer. Und die Kampfmoral? Es ist im höchsten Grad unwahrscheinlich, daß diese Truppen begeistert in einen Bürgerkrieg ziehen werden, über dessen Aussichten sich niemand von ihnen die geringsten Illusionen machen kann.

Es bleibt unerfindlich, wie sich Eisenhower mit seinen Invasionserfahrungen von einem nicht nur sinnlosen, sondern auch folgenschweren nationalchinesischen Invasionsexperiment irgendetwas versprechen

kann. Das wäre ein großes Unglück nicht nur für Amerika. Eine mit amerikanischer Flottenhilfe gestartete Offensive Tschiang Kai-scheks würde fast mit Notwendigkeit weitergehende Hilfe, deren Ende nicht abzusehen wäre, nach sich ziehen und zwar gerade dann, wenn sie wider alles Erwarten Anfangserfolge hätte. Von da zum dritten Weltkrieg kann durchaus ein kurzer Weg sein.

Es versteht sich von selbst, daß Tschiang Kai-schek, der die Amerikaner immer besser verstanden hat als die Chinesen, nun Morgenluft wittert. Die Jämmerlichkeit seiner Niederlagen hat ihn nicht belehrt. Wird er der Welt noch einmal das Schauspiel bieten, daß seine Divisionen in geschlossener Ordnung zum Gegner übergehen? Ahnt man in Washington nicht, daß das Ansehen des Westens in Asien tödlich getroffen wird, wenn die fernen Regisseure dieses blutigen Schauspiels Amerikaner sind?

+ + +

"Mister President" - ade !

Am 20. Januar wird Harry S. Truman das Weiße Haus verlassen, nach siebeneinhalb Jahren einer ungewöhnlich spannungsreichen Präsidentschaft. Er hat dieses hohe Ziel nie eigentlich angestrebt, vielmehr kam er durch das tragische Geschick von Franklin D. Roosevelt unmittelbar vor dem Ende des zweiten Weltkrieges in seiner Eigenschaft als Vizepräsident zu einer Machtfülle, wie sie in der westlichen Welt niemand sonst besitzt.

Gewiß, er stand im Schatten Roosevelts, der, ein seltsamer Zufall, fast haargenau in der Zeit der Machtausübung Hitlers Präsident der USA war, von Ende 1932 bis April 1945. Sozusagen als Lückenbüßer trat Truman in die Arena der großen internationalen Politik, bis zu jenem Augenblick nur einem kleinen Kreis politisch Interessierter ein Begriff. Er ist dann, selbst für seine Freunde und Verehrer der damaligen Zeit, überraschend schnell an seinen Aufgaben gewachsen, so daß er z.B. auch als einer der wenigen amerikanischen Präsidenten in die Geschichte eingehen wird, die die übliche Amtszeit von vier Jahren weit überschritten. Den politischen Inhalt der Jahre nach dem großen Kriege hat, neben Stalin niemand so bestimmt wie er.

Der Schlüssel zum Verständnis seiner Persönlichkeit wird also auch in späteren Jahren interessant bleiben. Er selbst hat ihn noch in der Zeit des letzten großen Wahlkampfes in den USA geliefert, in der "Ersten Veröffentlichung aus seinen Tagebüchern, Briefen und Gesprächen", erschienen unter dem Titel "Mr. President" von William Hillman, in deutscher Übersetzung erschienen in der Verlagsanstalt Hermann Klemm in Freiburg i. Breisgau: Das Bild eines schlichten, aber mit einer überdurchschnittlichen Portion gesunden Menschenverstandes ausgestatteten Mannes, eines unermüdeten Arbeiters mit ebenso schneller Auffassungsgabe wie vorzüglichem Gedächtnis und einer Menschenkenntnis von erstaunlicher, fast intuitiver Sicherheit des Urteils.

+ + +

Prickelnde Perlen

R.G. Es besteht kein Zweifel daran, daß das Prickeln auf der Zunge, das uns das harmonische Zusammenwirken von Weinsäure, Kohlensäure und Alkohol gewährt, ein angenehmes Prickeln ist. Um dieses Prickelns willen, das auch dem langweiligsten Wein eine interessante Note verleiht, wurde der Sekt zum Höhepunkt aller festlichen Getränke. Um nun auch der Zunge des gemeinen Mannes diesen Genuß zu ermöglichen, wurde vor kurzem die Sektsteuer von drei M auf eine herabgesetzt, just zum Ende des Jahres, damit es zur Silvesterfeier auf allen deutschen Zungen prickeln möge.

Es hat geprickelt. Wenn man die vorerst noch flüchtigen, grob überschlagenden Berichte der Wirtschaftsspalten liest, so hat es zum Jahresende eine wahre Schaumwein-Hausse gegeben, die so groß war, daß einzelne Kellereien die Nachfrage nicht erfüllen konnten und daß hier und da bei der kurz zuvor noch darniederliegenden Sektindustrie neue Arbeitskräfte eingestellt wurden. Sogar Überstunden hat es dort gegeben, und auf diese hierzulande nicht ganz ungewöhnliche Weise ist auch den Arbeitern in der Schaumwein-Industrie einmal ein Extra-Feiertags Groschen zugefallen.

Ein beispielhafter Erfolg der Sektsteuersenkung also; und deutlich hat sich wieder einmal die alte Erfahrung bestätigt, daß sinkende Preise wirtschaftsbelebend sind. Schade, daß man dieser Erfahrung nur für die prickelnden Perlen eines Festgetränkes statt für Notwendigkeiten des Alltags, nur für Silvester statt für alle Tage des Jahres folgt.

Das Prinzip der sinkenden Preise und der damit verbundenen Nachfrage wird im Bereich der täglichen Nahrungsmittel leider nicht angewandt, wie uns das Schulbeispiel der Butter gezeigt hat. Und hier hätte man sogar denjenigen helfen können, die sich auch diesmal an der erfolgspiegelnden Wirtschaftsstatistik nicht beteiligten, die trotz der Preissenkung nicht einmal an der Schwelle des Jahres Sekt tranken. Denn so wenig ein Zweifel daran besteht, daß das Prickeln auf der Zunge ein angenehmes Prickeln ist: Von dem Genuß, sich einmal satt zu essen, wird es bei weitem übertroffen. Und nach einem solchen Genuß haben trotz des berichteten Silvester-Geprickels noch sehr viele Menschen bei uns eine gewaltige Sehnsucht.

Verantwortlich: Peter Raunau